

# Wie der EuGH unsere Sorgen zerstreut

---

Maximilian Steinbeis

2009-11-26T10:11:36

Auf meine [Anfrage](#) wegen des nahezu unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefällten [EuGH-Urteils](#) Kommission/Spanien, C-154/08, habe ich jetzt eine Antwort bekommen.

Zur Erinnerung: Der EuGH hat erstmals einen Mitgliedsstaat wegen einer Vertragsverletzung verurteilt, die auf einem höchstichterlichen Urteil beruht. Diese Konstellation ist in zweierlei Hinsicht extrem brisant: Erstens kommt damit der verurteilte Mitgliedsstaat in eine böse Zwickmühle, da er die Vertragsverletzung kaum stoppen kann, ohne die Unabhängigkeit der Justiz anzutasten. Zweitens krachen damit europäische und nationale Justiz ungebremsst gegeneinander: Daraus kann ein veritabler Verfassungskonflikt entstehen, und zwar durchaus auch bei uns. Wenn etwa das Bundesverfassungsgericht demnächst in Sachen Vorratsdatenspeicherung oder Altersdiskriminierung EU-Recht für ultra vires erklärt, ohne die Sache zuvor dem EuGH vorzulegen, dann haben wir genau so einen Fall.

Bisher hat der EuGH es stets vermieden, tatsächlich wegen eines höchstichterlichen Urteils das Schwert der Vertragsverletzung zu ziehen. Jetzt hat er erstmals damit zugeschlagen – allerdings in einer Kammerentscheidung, ohne Schlussanträge des Generalanwalts, ohne Pressemitteilung und mit Urteilsgründen, die nur in spanischer und französischer Sprache vorliegen. Darüber habe ich mich, wie auch [andere](#), dann doch ein wenig wundern müssen.

Hartmut Ost von der EuGH-Pressestelle schreibt mir folgendes:

(...)

**Update:** Herr Ost will nicht, dass ich seine Antwort im Blog poste. Das hat er mir gerade gemailt. Begründung: Er sei kein Pressesprecher, sondern nur Vertreter der Presse- und Informationsstelle. Das klingt extrem absurd, ist aber nur milde absurd (das ist es allerdings), dann dahinter steht das Verständnis, ein Gericht spreche durch seine Urteile und durch nichts anderes. So hatte das BVerfG auch einst seine Öffentlichkeitsarbeit definiert, bis ihm 1995 das Kruzifix-Urteil um die Ohren flog. Die Erfahrung war nötig, dass Jutta Limbach die legendäre Uta Fölster als Pressesprecherin holte und die Journalisten fortan jemand anrufen konnten, wenn sie ein Urteil nicht verstanden.

Na, egal. Ich werde also Herrn Osts Erklärung paraphrasieren, das kann er mir ja wohl nicht verbieten. Sie geht folgendermaßen:

Urteile, die keine Vorlageentscheidungen sind und von einer Fünf-Richter-Kammer gefällt werden, müssen seit Mai 2004 nicht mehr in alle Amtssprachen übersetzt werden, daher gebe es das Urteil nur auf Spanisch

*und in der Verhandlungssprache Französisch. Wenn es keine neuen Rechtsfragen aufwirft, kann man auf den Generalanwalt verzichten, und das sei hier der Fall, weil das Gericht schon 2003 in einem italienischen Fall festgestellt habe, dass die Frage der Vertragsverletzung nicht vom verletzenden Staatsorgan und dessen Unabhängigkeit abhängt; in der Tat verweist die Kammer im jetzigen Fall wörtlich auf das Italien-Urteil von 2003 in RNr. 125f.*

Das mag alles seine Richtigkeit haben. Aber wenn das Gericht will, kann es auf diese Weise höchst elegant Fakten schaffen, ohne sich viel öffentlichen Ärger einzuhandeln, oder nicht? Erstmal das Grundsätzliche per Obiter Dictum klären – das schlägt keine großen Wellen, weil ja im konkreten Fall nichts draus folgt. Dann den Vollzug auf die besagte Weise per Kammerentscheidung und auf Französisch – da ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass außerhalb des betroffenen Staates das kein Mensch mitbekommt.

Das erinnert ein bisschen an die Sache mit dem Zwei-Ebenen-Spiel bei politischen Entscheidungen: Erstmal international das Generelle und Große und Ganze festklopfen und dann national sich darauf berufen, gar nicht mehr anders zu können...

Effektiv ist das vielleicht. Aber Sympathien verschafft sich die EU dadurch nicht.

